

KAPITEL 16 — *Verschiedene technische Maßnahmen*

Abschnitt 1 — Abänderungen des Gesetzes vom 18. Dezember 2016 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Gesundheit

Art. 77 - [Abänderung des französischen Textes des Gesetzes vom 18. Dezember 2016 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Gesundheit]

Art. 78 - Artikel 44 § 1 Nr. 1 desselben Gesetzes wird wie folgt ersetzt:

“1. die Organisation verfügt aufgrund des Gesetzes vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Stiftungen, die europäischen politischen Parteien und die europäischen politischen Stiftungen über Rechtspersönlichkeit.”

Art. 79 - [Abänderung des französischen Textes]

Abschnitt 2 — Abänderung des Gesetzes vom 22. Juni 2016 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Gesundheit

Art. 80 - In Artikel 8 Absatz 1 des Gesetzes vom 22. Juni 2016 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Gesundheit werden die Wörter “1. Januar 2018” durch die Wörter “31. Dezember 2019” ersetzt.

Art. 81 - Artikel 80 wird wirksam mit 1. Januar 2018.

Abschnitt 3 — Abänderung des Gesetzes vom 22. Juli 1993 zur Festlegung bestimmter Maßnahmen in Bezug auf den öffentlichen Dienst

Art. 82 - In das Gesetz vom 22. Juli 1993 zur Festlegung bestimmter Maßnahmen in Bezug auf den öffentlichen Dienst wird ein neuer Artikel 4/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 4/1 - In Abweichung von den Artikeln 3 und 4 können die Personalmitglieder der Föderalagentur für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte als statutarisches oder Vertragspersonal eingestellt werden.

Der König legt auf Vorschlag der für die Volksgesundheit und für den Öffentlichen Dienst zuständigen Minister durch einen im Ministerrat beratenen Erlass die Bedingungen und Modalitäten für die vertragliche Anwerbung fest. Er kann auf Vorschlag der für die Volksgesundheit und für den Öffentlichen Dienst zuständigen Minister durch einen im Ministerrat beratenen Erlass die finanziellen Rechte der Vertragspersonalmitglieder festlegen.”

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Ciergnon, den 30. Oktober 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit

M. DE BLOCK

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2021/33625]

18 JUILLET 2017. — Arrêté royal relatif à l'exécution de la loi du 25 décembre 2016 relative au traitement des données des passagers, reprenant les obligations pour les compagnies aériennes. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 18 juillet 2017 relatif à l'exécution de la loi du 25 décembre 2016 relative au traitement des données des passagers, reprenant les obligations pour les compagnies aériennes (*Moniteur belge* du 28 juillet 2017).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2021/33625]

18 JULI 2017. — Koninklijk besluit ter uitvoering van de wet van 25 december 2016 betreffende de verwerking van de passagiersgegevens, houdende de verplichtingen opgelegd aan de luchtvaartmaatschappijen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 18 juli 2017 ter uitvoering van de wet van 25 december 2016 betreffende de verwerking van de passagiersgegevens, houdende de verplichtingen opgelegd aan de luchtvaartmaatschappijen (*Belgisch Staatsblad* van 28 juli 2017).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2021/33625]

18. JULI 2017 — Königlicher Erlass zur Ausführung des Gesetzes vom 25. Dezember 2016 über die Verarbeitung von Passagierdaten und zur Festlegung der Pflichten der Fluggesellschaften — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 18. Juli 2017 zur Ausführung des Gesetzes vom 25. Dezember 2016 über die Verarbeitung von Passagierdaten und zur Festlegung der Pflichten der Fluggesellschaften.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

18. JULI 2017 — Königlicher Erlass zur Ausführung des Gesetzes vom 25. Dezember 2016 über die Verarbeitung von Passagierdaten und zur Festlegung der Pflichten der Fluggesellschaften

PHILIPPE, König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Artikels 108 der Verfassung;

Aufgrund des Gesetzes vom 25. Dezember 2016 über die Verarbeitung von Passagierdaten, der Artikel 3 § 2, 7 § 3, 54 und 55;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 11. Dezember 2006 über die Verpflichtung der Luftfahrtunternehmen zur Übermittlung von Passagierdaten;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 24. März 2017;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Haushalts vom 29. März 2017;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen;

Aufgrund der Stellungnahme Nr. 23/2017 des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens vom 24. Mai 2017;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 61.355/4 des Staatsrates vom 12. Juni 2017, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Aufgrund von Artikel 8 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen administrative Vereinfachung ist vorliegender Königlicher Erlass von der Auswirkungsanalyse beim Erlass von Vorschriften ausgenommen, da es sich um Bestimmungen handelt, die die nationale Sicherheit und die öffentliche Ordnung betreffen;

Auf Vorschlag des Vizepremierministers und Ministers der Sicherheit und des Innern und des Ministers der Mobilität und aufgrund der Stellungnahme Unserer Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL 1 - Allgemeine Bestimmung

Artikel 1 - Vorliegender Erlass dient der Teilumsetzung der Richtlinie 2004/82/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Verpflichtung von Beförderungsunternehmen, Angaben über die beförderten Personen zu übermitteln, und der Richtlinie (EU) 2016/681 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 über die Verwendung von Fluggastdatensätzen zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität.

KAPITEL 2 - Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. "Gesetz": das Gesetz vom 25. Dezember 2016 über die Verarbeitung von Passagierdaten,
2. "Fluggesellschaften": Luftfahrtunternehmen mit einer gültigen Betriebsgenehmigung oder einer gleichwertigen Genehmigung, die es ihnen gestattet, Fluggäste auf dem Luftweg zu befördern, wie in Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes erwähnt,
3. "Identitätsdokumente": von einer amtlichen Behörde ausgestellte Dokumente, auf deren Grundlage die Identität der Fluggäste festgestellt werden kann, nämlich nationale Personalausweise, international anerkannte Reisepässe oder rechtsgültige Ersatzdokumente,
4. "Reisedokumente": Dokumente, die dem Fluggast einen Titel für die in Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes erwähnte Beförderung gewähren,
5. "Passagierdatenbank": die in Artikel 15 § 1 des Gesetzes erwähnte Datenbank,
6. "Push-Methode": das Verfahren, bei dem die Fluggesellschaft die PNR-Daten an die Passagierdatenbank übermittelt,
7. "Datenformate": von der Europäischen Kommission bestimmte Formate, über die die Fluggesellschaften die Passagierdaten an die Passagierdatenbank übermitteln, damit die Daten für alle Beteiligten lesbar sind,
8. "gemeinsame Protokolle": von der Europäischen Kommission bestimmte Protokolle, die den Schutz der Passagierdaten bei der Übermittlung durch die Fluggesellschaften an die Passagierdatenbank gewährleistet,
9. "Durchführungsbeschluss": den Durchführungsbeschluss (EU) 2017/759 der Kommission vom 28. April 2017 über die gemeinsamen Protokolle und Datenformate, die von den Fluggesellschaften für die Übermittlung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) an PNR-Zentralstellen zu verwenden sind.

KAPITEL 3 - Verpflichtungen der Fluggesellschaften

Art. 3 - § 1 - Die Fluggesellschaften sammeln die in Artikel 29 § 2 des Gesetzes erwähnten Passagierdaten im Hinblick auf ihre Übermittlung gemäß § 2.

§ 2 - Die Fluggesellschaften übermitteln der Passagierdatenbank über die "Push-Methode" alle in Artikel 9 § 1 des Gesetzes aufgeführten Passagierdaten, über die sie verfügen, und zwar zu folgenden Zeitpunkten:

1. 48 Stunden vor der planmäßigen Abflugzeit, und
2. sofort nach Abfertigungsschluss, das heißt, unmittelbar nachdem sich die Fluggäste vor dem Start an Bord des Flugzeugs begeben haben und keine Fluggäste mehr an Bord kommen oder von Bord gehen können.

§ 3 - Wenn der Zugriff auf Passagierdaten erforderlich ist, um eine bestimmte und gegenwärtige Bedrohung im Zusammenhang mit terroristischen Straftaten oder schwerer Kriminalität abzuwehren, übermitteln die Fluggesellschaften die Passagierdaten in Einzelfällen auf Anfrage einer PNR-Zentralstelle zu anderen als den in § 2 genannten Zeitpunkten.

Art. 4 - Im Rahmen der in Artikel 3 § 2 erwähnten Übermittlung von Passagierdaten überprüfen die Fluggesellschaften in Ausführung von Artikel 7 § 1 des Gesetzes zum Zeitpunkt, an dem sich die Fluggäste an Bord des Flugzeuges begeben, ob die Identität jedes Fluggastes, wie in seinem Identitätsdokument angegeben, und seine personenbezogenen Daten, wie in seinem Reisedokument angegeben, übereinstimmen.

Art. 5 - Wenn die Fluggesellschaften feststellen, dass die in Artikel 9 § 1 Nr. 18 des Gesetzes erwähnten Passagierdaten, über die sie verfügen, nicht aktuell, nicht exakt oder nicht vollständig sind, ergreifen sie die erforderlichen Maßnahmen, um diese Daten spätestens zu dem in Artikel 3 § 2 Nr. 2 erwähnten Zeitpunkt der Übermittlung zu korrigieren.

KAPITEL 4 - Modalitäten der Übermittlung von Passagierdaten

Art. 6 - § 1 - Stimmen die bei der in Artikel 3 § 2 Nr. 2 erwähnten Übermittlung versandten Passagierdaten mit den bei der in Artikel 3 § 2 Nr. 1 erwähnten Übermittlung versandten Passagierdaten überein, kann die Fluggesellschaft entweder alle Passagierdaten erneut übermitteln oder sich auf den Versand einer Nachricht beschränken, durch die bestätigt wird, dass die Passagierdaten identisch sind.

§ 2 - Stimmen die bei der in Artikel 3 § 2 Nr. 2 erwähnten Übermittlung versandten Passagierdaten nicht mit den bei der in Artikel 3 § 2 Nr. 1 erwähnten Übermittlung versandten Passagierdaten überein, kann die Fluggesellschaft entweder alle Passagierdaten erneut übermitteln oder die in Artikel 3 § 2 Nr. 2 erwähnte Übermittlung auf Aktualisierungen der in Artikel 3 § 2 Nr. 1 erwähnten Übermittlung beschränken.

Art. 7 - § 1 - Die Fluggesellschaften senden der PNR-Zentralstelle die Passagierdaten auf elektronischem Wege unter Verwendung eines der Datenformate und der gemeinsamen Protokolle, die von der Europäischen Kommission im Durchführungsbeschluss bestimmt wurden.

§ 2 - Die Fluggesellschaften setzen die PNR-Zentralstelle von dem Übermittlungsprotokoll und dem Datenformat in Kenntnis, die sie bei der Übermittlung der Passagierdaten an die Passagierdatenbank benutzen möchten.

§ 3 - Fluggesellschaften, die Flüge ohne bestimmten öffentlichen Flugplan durchführen und nicht über die notwendige Infrastruktur zur Unterstützung der in § 1 erwähnten Datenformate und gemeinsamen Protokolle verfügen, übermitteln die Passagierdaten mit elektronischen Mitteln, die die technische Sicherheit hinreichend gewährleisten und bilateral vereinbart sind.

Art. 8 - § 1 - Die Fluggesellschaften gewährleisten die technische Organisation der in Artikel 7 des Gesetzes erwähnten Übermittlung von Passagierdaten bis zum Zugangspunkt der Passagierdatenbank. Sie gewährleisten die Übermittlung dieser Daten gemäß den Sicherheitsbedingungen, die in dem in § 2 erwähnten Dokument "Technische Richtlinien" beschrieben sind.

§ 2 - Die PNR-Zentralstelle stellt nach Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten das Dokument "Technische Richtlinien" aus, in dem die technischen Modalitäten für die Übermittlung von Passagierdaten beschrieben sind. Die Fluggesellschaften erhalten dieses Dokument, um mit der Übermittlung der Passagierdaten beginnen zu können.

Art. 9 - Bei technischen Störungen benutzen die Fluggesellschaften nach diesbezüglicher Konzertierung mit der PNR-Zentralstelle andere geeignete Mittel, die ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleisten, um Passagierdaten zu übermitteln.

KAPITEL 5 - Verschiedene Bestimmungen

Art. 10 - Der Königliche Erlass vom 11. Dezember 2006 über die Verpflichtung der Luftfahrtunternehmen zur Übermittlung von Passagierdaten wird aufgehoben.

Art. 11 - Artikel 53 des Gesetzes tritt am selben Tag wie vorliegender Königlicher Erlass in Kraft.

Art. 12 - Was die Fluggesellschaften betrifft, tritt das Gesetz am selben Tag wie vorliegender Königlicher Erlass in Kraft.

Art. 13 - Der für Sicherheit und Inneres zuständige Minister und der Minister der Mobilität sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 18. Juli 2017

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

Der Minister der Mobilität

Fr. BELLOT

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2021/33704]

21 SEPTEMBRE 2021. — Arrêté ministériel portant approbation du Plan Particulier d'Urgence et d'Intervention (PPUI) « Terrorisme » du Gouverneur de la province d'Anvers

Le Ministre de l'Intérieur, des Réformes institutionnelles et du Renouveau démocratique,

Vu l'article 9 de la loi du 15 mai 2007 relative à la sécurité civile ;

Vu l'arrêté royal du 22 mai 2019 relatif à la planification d'urgence et la gestion de situations d'urgence à l'échelon communal et provincial et au rôle des bourgmestres et des gouverneurs de province en cas d'événements et de situations de crise nécessitant une coordination ou une gestion à l'échelon national ;

Considérant l'arrêté royal du 18 mai 2020 portant fixation du plan d'urgence national relatif à l'approche d'une prise d'otage terroriste ou d'un attentat terroriste ;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2021/33704]

21 SEPTEMBER 2021. — Ministerieel besluit tot goedkeuring van het Bijzonder Nood- en Interventieplan (BNIP) « Terrorisme » van de Gouverneur van de provincie Antwerpen

De Minister van Binnenlandse Zaken, Institutionele Hervormingen en Democratische Vernieuwing,

Gelet op artikel 9 van de wet van 15 mei 2007 betreffende de civiele veiligheid;

Gelet op het koninklijk besluit van 22 mei 2019 betreffende de noodplanning en het beheer van noodsituaties op het gemeentelijk en provinciaal niveau en betreffende de rol van de burgemeesters en de provinciegouverneurs in geval van crisisgebeurtenissen en -situaties die een coördinatie of een beheer op nationaal niveau vereisen;

Overwegende het koninklijk besluit van 18 mei 2020 tot vaststelling van het nationaal noodplan betreffende de aanpak van een terroristische gijzelneming of terroristische aanslag;